

Volker Rühes kleiner Berliner Kongreß

Nicht wieder unter Moskaus Fuchtel

Ehemalige Satelliten sehen die NATO als 'Geisel Rußlands'

Von Josef Joffe

Berlin, im Januar - Von Brüssel nach Berlin: Nachdem der NATO-Gipfel getagt und beschlossen hatte, lud Verteidigungsminister Volker Rühe Ost- und Westeuropäer, Amerikaner und Russen in das frühere Reichsmarineamt zur 'Sicherheitspolitischen Konferenz' ein. Das Thema dieses kleinen 'Berliner Kongresses' in der Außenstelle des Verteidigungsministeriums am Landwehrkanal war dasselbe wie beim NATO-Gipfel Anfang Januar: Was tun mit den Ex-Angehörigen des verfallenen Warschauer Pakts? Und die Thesen waren auch vertraut - bloß mit dem Unterschied, daß diesmal Polen, Tschechen, Ungarn, Slowaken und Ukrainer ihre Ansprüche nicht von außen anmeldeten, sondern mit am Tisch saßen.

Keine Garantien

Die NATO, so der polnische Vizeverteidigungsminister Milewski mit einem Anflug von Ironie, 'wird im Osten ernster genommen als im Westen'. Der Osten sehe sie als einzigen 'Schild gegen die politische Bedrohung unserer Region'. Die 'Partnerschaft für den Frieden', die vieles anbietet, nur nicht den Beitritt, sei kein solcher 'Schild'. Deshalb brauche Polen zumindest die 'assoziierte Mitgliedschaft'.

Woraufhin der Kollege David Orman vom britischen Verteidigungsministerium antwortete, daß man doch lieber eine 'langfristige Perspektive' einnehmen möge, weil die NATO den 'Wunsch nach absoluter Sicherheit' noch nicht befriedigen könne. Und sein französisches Pendant Jean-Claude Mallet zitierte Talleyrand, der seinem Kutscher einzuschärfen pflegte: 'Langsam, langsam, ich habe es eilig.' Die Partnership for Peace ('PfP' im NATO-Jargon) sei doch ein guter Anfang; vorerst aber müsse man Garantien vermeiden, 'die vernünftigerweise eines Tages erwartet werden können'.

Die Ungarn sind zwar geschmeidiger in der Sprache als die Polen, aber nicht minder hart in der Substanz. Sie nähmen es hin, daß die NATO noch keinen 'Zeitplan für die Mitgliedschaft' ausstellen wolle. Außerdem, so der Budapester Staatssekretär Joó, sei die PfP ein 'guter pragmatischer Schritt'. Nur wolle Ungarn, genauso wie Polen, eine 'schnellere Integration'. Und dann noch deutlicher: 'Kein Land darf ein Vetorecht über Tempo und Ausmaß unseres Bündniszugangs bekommen.' Der slowakische Vertreter fügte hinzu: 'Uns bewegt die Sorge, daß wir der östlichen Einflußsphäre zugeschlagen werden.'

Damit waren die Russen gemeint, denen die NATO eben genau dieses Vetorecht ein-

geräumt hat, ohne es so zu nennen. Deshalb erinnerte der polnische Sicherheitsexperte Andrej Karkoszka die Westgäste daran, daß sie 'nun die russischen Besorgnisse genauso übertreiben wie einst die Möglichkeiten der Entspannung'. Nicht der Westen isoliere Rußland, sondern 'Rußland sich selbst'.

Da gab ihm der Moskauer Stratege Sergej Karaganov sogar recht - aber nur, um nach einer dialektischen Volte noch einmal zu begründen, warum Ostmitteleuropa keinesfalls in die NATO eingegliedert werden dürfe.

Gewiß erlitten die Reformer in Moskau jetzt einen Rückschlag nach dem anderen, greife die Reaktion um sich. Aber gerade deshalb 'brauchen wir eine starke NATO, um die schlimmsten und militantesten Elemente in unserem Land abzuschrecken'. Folglich dürfe die NATO nicht 'verwässert' werden. Sprich: Es darf keine Bündniserweiterung geben, und dies nicht etwa aus Liebedienerei gegenüber Moskau, sondern im besten Interesse des Westens wie auch Rußlands. Der Marxismus mag in Moskau dahingeschieden sein, aber die Dialektik lebt nach wie vor.

Trost für die Ukraine

Der Weigerung des Westens konnte der ukrainische Abgeordnete Holovaty wenigstens einen Trost abgewinnen: 'Wir sind ganz glücklich, daß Polen nicht in die NATO aufgenommen worden ist. Denn wir wollen nicht allein in der russischen Interessenssphäre bleiben.' Sein dringender Rat an die NATO, die sich ohne Not zur 'Geisel Rußlands' gemacht habe: 'Wir wollen, daß der Westen den Russen klar sagt: Eure Einflußsphäre ist die gesamte GUS, aber minus Ukraine und ohne die baltischen Staaten.' Was sollen Kasachstan, Usbekistan und andere GUS-Staaten im Südosten von solcher Ablenkung russischer Energien von West nach Ost halten? Sie konnten freilich nicht protestieren, weil sie in Berlin nicht dabei waren.

Inzwischen hat selbst Bill Clinton (in seiner 'Rede zur Lage der Nation') den Russen eine Art Interventionsrecht im 'nahen Ausland' zugesprochen. Die Ordnungsmacht mit amerikanischen Segen müsse nur darauf achten, daß ihre 'Truppen bei Operationen in Nachbarstaaten' deren Erlaubnis hätten und sich 'strikt an internationale Regeln halten'. Der amerikanische Vertreter drückte es ironisch aus - mit einem geflügelten Wort, das auf den Nachbarstaat im Süden gemünzt ist: 'Mexiko - so weit von Gott entfernt und so nah an den Vereinigten Staaten.'